

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährl. M. 1.50 einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsblatts“ und der humoristischen Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Tel.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberstüzingrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterstüzingrün, Wildenthal usw.

Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 12 Pfennige. Im amtlichen Teile die gespaltene Seite 30 Pfennige.

Sernsprecher Nr. 210.

Drucker und Verleger: Emil Hannebohn, verantwortl. Redakteur: Ernst Lindemann, beide Eibenstock.

Nr. 280.

59. Jahrgang.

Dienstag, den 3. Dezember

1912.

Waffenstillstand.

Der Balkankrieg, der seit etwa sieben Wochen die ganze Welt in Atem gehalten hat, scheint beendet zu sein. Wenn die Meldungen, die uns heute morgen zugehen, nicht trügen, ist der Waffenstillstand abgeschlossen, und damit der Weg für die Friedensverhandlungen geebnet. Es wird telegraphiert:

Paris, 1. Dezember. Der Berichterstatter des „Matin“ in Konstantinopel schreibt: der Waffenstillstand ist gestern abend abgeschlossen worden. Der erste Sekretär des Sultans ist nach Konstantinopel gereist, um dem Sultan das Protokoll zur Genehmigung vorzulegen. Nizami Pascha und Reschid Pascha werden heute Konstantinopel verlassen, um sich zu der letzten Verhandlung nach Bachtischkaj zu begeben, die heute um 2 Uhr nachmittags stattfindet, und bei der die Unterzeichnung des Waffenstillstandes und die Festsetzung des Ortes für die Friedensverhandlungen stattfinden soll.

Daß der „Matin“ allem Anschein nach richtig informiert ist, lassen die folgenden uns heute zugegangenen Nachrichten vermuten:

Konstantinopel, 1. Dezember. Das Protokoll über den Waffenstillstand wurde gestern nach dem Ministerrat dem Sultan vorgelegt und von diesem gebilligt. Es wurde alsbald nach Bachtischkaj geschickt, wo es heute um 2 Uhr unterzeichnet werden soll. Obwohl offizielle Friedensverhandlungen noch nicht geführt wurden, sind sie in Wirklichkeit schon sehr weit gediehen. Die Bulgaren zeigen so großes Entgegenkommen, daß der Gedanke einer starken Annäherung für die Zukunft nahe liegt. Die neue Grenze soll nach einer unverzüglichen, aber aus guter Quelle stammenden Nachricht von Kistifisse, das türkisch bleibt, über das ebenfalls türkisch bleibende Adrianopel nach Enos gehen. Albanien erhält unter Prinz Mehjid Autonomie.

Die Hauptpunkte, die dem Waffenstillstande zugrunde gelegt sind, erläutere nachstehende Depesche, die den sicheren Anhalt dafür bietet, daß Adrianopel türkisch bleiben wird:

Sofia, 1. Dezember. Der Hauptpunkt des Waffenstillstandes ist, daß die feindlichen Heere in ihren Stellungen verbleiben, daß auch Adrianopel und Konstantinopel nicht kapitulieren. Dagegen haben sich die Verbündeten gewisse Erleichterungen für die Verproviantierung ihres Heeres erwirkt. So wird die bulgarische Küste des Schwarzen Meeres von türkischen Blockierungen freigemacht. Dagegen wird die Dardanelleneinfahrt gegen etwaige griechische Störungen gesichert. Festzustellen ist noch die Dauer des Waffenstillstandes sowie der Ort für die bevorstehenden Friedensverhandlungen. Man spricht von einer russischen Stadt, da die Schweiz zu entlegen ist, und die Türkei irgend eine der Balkanzentralen als Verhandlungsort ablehnt.

Ausschluß über die durch den Krieg bedingten Veränderungen der Grenzen auf dem Balkan, über die Frist des Waffenstillstandes und den Ort der Friedensverhandlungen bieten folgende Konstantinopeler Nachrichten:

Konstantinopel, 1. Dezember. Was die Regulierung der Grenze zwischen der Türkei und den Staaten des Balkanbundes anbelangt, so ist darüber noch nichts Bestimmtes vereinbart. Es sind allerdings Vorschläge gemacht worden. Einer davon spricht von einer Grenze, die sich hinzieht von Enos über Adrianopel nach Selwa Burun am Schwarzen Meer. Nach einer andern Version soll der Ausgangspunkt Cavalla sein und sich die Linie hinziehen über Kistifisse nach Basilipo am Schwarzen Meer.

Konstantinopel, 1. Dezember. Im Protokoll von Bachtischkaj ist keine Frist für den Waffenstillstand bestimmt. Der Waffenstillstand wird mit allen Balkanstaaten abgeschlossen und gilt vom selben Moment an. Die augenblickliche Situation bleibt unverändert. Der Waffenstillstand dauert so lange wie die Friedensverhandlungen.

Konstantinopel, 1. Dezember. Wie verlautet, hat der russische Botschafter Quartier für die Delegierten des Balkanbundes bereit gestellt, weil der Frieden wahrscheinlich in Konstantinopel unter Mitwirkung des russischen Botschafters unterzeichnet werden wird. Es bestätigt sich, daß Rußland dem Bal-

kand den Rat erteilt hat, bei den Friedensverhandlungen gegenüber der Türkei den Bogen nicht allzu straff zu spannen.

Die günstigen Aussichten auf baldige Herstellung des Friedens am Balkan begleiten recht friedfertige Meldungen über die allgemeine europäische Lage, wenn auch die Anregung Englands, oder besser gesagt, die Edward Greys, nicht überall volles Entgegenkommen findet:

Wien, 1. Dezember. Bei Besprechung des derzeitigen Standes der politischen Situation drückt das „Fremdenblatt“ die Hoffnung aus, daß die Klärung der Lage ohne Störung des Friedens erfolgen wird. Oesterreich-Ungarn strebe nur das Minimum desjenigen an, das für die Sicherung seiner vitalen Lebensinteressen notwendig ist und Europa, das sich von unserem ernstem Willen zum Frieden zur Genüge überzeugt hat, wird gewiß dem kein Hindernis bereiten, daß unsere Ansprache voll und ganz, ohne jede Einschränkung, erfüllt werden. Diese so berechnete Ansicht ist es, die Oesterreich-Ungarn dazu bestimmt, an der Meinung festzuhalten, daß der Frieden keine Störung erleiden und daß es gelingen werde, der bestehenden Schwierigkeiten auf normalem Wege Herr zu werden.

Petersburg, 1. Dezember. Der englische Vorschlag einer Botschaftskonferenz wird hier lähl aufgenommen, da man befürchtet, Rußland könnte nunmehr aus seiner Reserve, die auf das sorgfältigste gewahrt wird, herausgelockt werden.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und der Reichshaushaltsetat. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der Entwurf des Reichshaushaltsetats für 1913 hat im allgemeinen eine gute Aufnahme gefunden. Der vereinzelt erhobene Tadel richtet sich eigentlich nur gegen die vorgeschlagene Verwendung der Ueberschüsse aus dem Jahre 1911, die teils zur Abbürdung der Vorschüsse für Vorausbeschaffungen der Heeres- und Marineverwaltung, teils zur Bestreitung von einmaligen auf Grund der diesjährigen Geleise über die Verstärkung von Heer und Flotte notwendig gewordenen Ausgaben herangezogen werden sollen. Die Behauptung, daß der Betrag der in die Einnahmen eingestellten Ueberschüsse einen dauernden Fehlbetrag im Reichsbudget darstelle, bedarf nicht der Widerlegung. Einmalige, nicht wiederkehrende Ausgaben bedürfen nur einmaliger Deckung. Die Verwendung der Ueberschüsse in dem vorgeschlagenen Sinne entspricht überdies genau den Anordnungen in Paragraph 4 des Etatsgesetzes für 1912 und stellt sich demnach lediglich als eine Ausführungsmaßregel dar, die niemand überraschen sollte. Die Abbürdung der Vorschüsse zu Vorausbeschaffungen der Heeres- und Marineverwaltung ist überdies bereits in der Denkschrift des Reichshaushaltsetats für 1912 unter Ziffer IX eingehend erläutert. Trotzdem scheint sie noch vielfach auf Nichtverständnis zu stoßen. Es handelt sich um eine Maßnahme, die einem nach mehrfacher Richtung bedenklichen Zustand ein Ende bereiten soll. Diese Vorschüsse belasten die Betriebsmittel der Reichskasse, erhöhen den Aufwand des Reiches an Discont für kurzfristige Schakanweisungen und zwingen zum Teil die Bundesstaaten mit eigener Heeresverwaltung zu Vorschulleistungen aus Landesmitteln. Die Abbürdung dieser Vorschüsse ist also wirtschaftlich nichts anderes als Schuldentilgung, und zwar Tilgung der am wenigsten zu rechtfertigenden Schuld. Es ist hiernach durchaus unzutreffend, wenn behauptet wird, die Vorschüsse des Etatsentwurfs vereitelten die Schuldentilgung, welche noch anfangs dieses Jahres in der Denkschrift zum Nachtragsetat für 1912 aus den Ueberschüssen in Aussicht gestellt seien. Im Gegenteil: Der Vorschlag enthält die noch erweiterte Erfüllung dieses Versprechens. Die Denkschrift hatte berechnet, daß zur Schuldentilgung oder Abbürdung der Heeresvorschüsse noch 92 Millionen übrig bleiben würden. Der Etatsentwurf für 1913 stellt nicht nur 92 Millionen, sondern mehr als 106 Millionen hierzu bereit.

Frontmachung der preussischen Regierung gegen die Kurie. Der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg hat, wie die „Frankfurt. Zeitung“ aus guter Quelle erfährt, am 27. November einen bekannten Führer des Reichstagszentrums zu sich

gebeten und ihm mit voller Bestimmtheit erklärt, daß die jüngste päpstliche Enzyklika über die Arbeiterorganisationen das Letzte sei, was sich die preussische Regierung von der Kurie an Eingriffen in die Rechte des Staates und in die Selbständigkeit der nichtkonfessionellen Arbeiter- und sonstigen Verbänden habe bieten lassen. Sollte wieder Dergleichen vorkommen, werde sie unbedingt die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan einstellen.

Erfundene Nachricht. Die „Landeszeitung beider Mecklenburg“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß die Dreibundmächte die offizielle Erklärung abgegeben hätten, daß sie den Konferenzvorschlag der Tripelente solange ablehnen müßten, bis der serbisch-österreichische Konflikt entschieden sei. — Demgegenüber wird dem „Pilsener Telegraph. Bureau“ im Auswärtigen Amte mitgeteilt, daß diese Nachricht eine dreiste Erfindung sei.

Oesterreich-Ungarn.

Herr von Giers wird vom österreichischen Kaiser empfangen. Aus Wien wird gemeldet, daß in den nächsten Tagen der russische Botschafter in Wien, Herr von Giers, von Kaiser Franz Josef in besonderer Audienz empfangen werden wird. Dieser Empfang wäre das Wiener Gegenstück zur Audienz des österreichischen Botschafters in Petersburg, Grafen Thurn-Balassina, die, wie bekannt, den Ausgangspunkt der jetzigen, fast vollständigen Entspannung zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland bildet.

Rußland.

Rücktritt des russischen Ministers des Innern? Sicherem Vernehmen nach, tritt der Minister des Innern, Katarow in der nächsten Zeit einen Auslandsurlaub an, aus dem er nicht auf seinen Posten zurückkehren wird. Als sein voraussichtlicher Nachfolger wird der Gouverneur von Tschernigow, Malakow, bezeichnet, ein ausgesprochener Reaktionsär, dessen Bruder der bekannte oppositionelle Dumabgeordnete ist.

Frankreich.

Das Pulver der französischen Marine. Im Petitionsausschuß der Kammer rief der Berichterstatter für das Marinebudget, Professor Painlevé, durch die Erklärung, daß eine Anzahl französische Kriegsschiffe keine vollständigen und vorchriftsmäßigen Vorräte an Pulver, namentlich an neuem Pulver, haben, einen tiefen Eindruck hervor. Der Ausschuß beschloß nach lebhafter Erörterung, die Minister der Marine und des Krieges sowie den Ministerpräsidenten vorzuladen und ihnen eine Reihe von Fragen vorzulegen, mit deren Fassung der Berichterstatter Painlevé betraut wurde.

Der Geburtenrückgang in Frankreich. In der Debatte über das Kadergesetz wies der Deputyte Kleinach eingehend auf die Abnahme der Geburtenzahl in Frankreich und auf die Folgen hin, welche diese Tatsache für die Armee nach sich ziehe. Die Zahl der männlichen Geburten, welche vor 40 Jahren 494 000 gewesen sei, betrage jetzt nur 400 000 und nehme täglich ab. Die Zahl der Gestellungsplichtigen sei im Jahre 1893 343 000 gewesen und belaufe sich gegenwärtig auf 301 000. Die Zahl der eingestellten Rekruten, welche 1904 238 000 betrug, sei auf 215 000 zurückgegangen und nehme noch ab. Man könne voraussagen, daß die Zahl der eingestellten Rekruten im Jahre 1927 auf 196 000 zurückgehen werde, mit anderen Worten, Frankreich habe 1908 48 Bataillone, 1912 94 Bataillone verloren und werde 1921 110 Bataillone und 1928 154 Bataillone verlieren. Angesichts dieser Lage gäbe es nur eine Abhilfe: die Einrahmung (encadrement) der Reservetruppen, sonst würde man die Truppen, wie groß auch ihre Tapferkeit und ihr Kampfesmut wäre, nicht zum Siege, sondern zur Schmachtfahrt führen. (Lebhafte Bewegung.)

China.

Aufforderung zum Kriege gegen Rußland. Die politischen Parteien haben beschlossen, eine Subskription für einen Fonds zum Kriege gegen Rußland zu eröffnen. Die Schüler der höheren Schulen haben eine kampflige gegen die Nordmongolei gebildet und militärische Übungen begonnen, es wurden Plakate an sie verteilt.